

Niederschrift

über die Sitzung des Rates
Sitzungskennziffer: **XV / 29**
Tag der Sitzung: **Dienstag, 28.10.2008**

Sitzung Rathaus, Ratsaal

Dauer der Sitzung: 17:30 Uhr bis 18:40 Uhr
Unterbrechungen: keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler
Schriftführerin: Edith Janus-Braun



RAT

Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Rat der Stadt beschlussfähig ist.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie der ordnungsgemäßen Bekanntmachung der Sitzung

Bürgermeister Gatzweiler stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht ergangen sowie die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung

Vor Einstieg in die Tagesordnung wurde Frau Edith Janus-Braun bis zum Ende der Legislaturperiode einmütig zur Schriftführerin des Rates bestellt.

Die Tagesordnung wurde vom Rat einstimmig ohne Änderungen wie folgt beschlossen:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

**2. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 GO NRW
hier: Bestellung des Geschäftsführers der Seniorenwohn- und
Sozialzentrum Betriebsführungs GmbH
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 2)**

3. **Zukunftsprogramm StädteRegion Aachen**
hier: Handbuch zur StädteRegion Aachen
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 3)
4. **Erlass einer 5. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 01.07.1997**
hier: Änderung der Bekanntmachungsform
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 4)
5. **Bildung der Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz**
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 5)
6. **Aufschaltung des Notrufes auf die städteregionale Leitstelle**
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 6)
7. **Beitritt zum Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung für den Bereich Altpapier**
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 7)
8. **Ganztagsoffensive der Landesregierung**
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 10)
9. **Änderung Regionalplan - Sachlicher Teilabschnitt Vorbeugender Hochwasserschutz, Teil 2: Region Aachen**
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 12)
10. **Resolution gegen den Entwurf des neuen Sparkassengesetzes**
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 21)
11. **Bildung eines Integrationsrates anstelle eines Ausländerbeirates;**
hier: Einleitung des Genehmigungsverfahrens
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 22)
12. **Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;**
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. **Änderung zum Kaufvertrag Kaufland vom 14.02.2007 - Parkkonzept**
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.08.2008, TOP B 7)
 2. **Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;**
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Keine Wortmeldung.

2. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 GO NRW
hier: Bestellung des Geschäftsführers der Seniorenwohn- und Sozialzentrum
Betriebsführungs GmbH
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 2)

Herr Bürgermeister Gatzweiler teilt mit, dass der TOP vom Hauptausschuss einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen wurde.

Für die CDU resümiert RM Grüttemeier, dass der Tagesordnungspunkt heute nicht auf der Tagesordnung stünde, wenn die Fragen seiner Fraktion in der Vergangenheit beantwortet worden wären. Er erkundigt sich, wieso der Kämmerer in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Seniorenzentrums nicht im Handelsregister eingetragen war. In diesem Kontext bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob die vom Kämmerer abgeschlossenen Verträge rechtswirksam sind.

Die Beantwortung der Frage ist die Niederschrift als Anlage 2) beigefügt.

Beschluss:

Der Rat beschließt bei 32 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen (CDU), die am 25.09.2008 getroffene dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW bezüglich der Kenntnisnahme der Niederlegung der Geschäftsführertätigkeiten für die Seniorenwohn- und Sozialzentrum Betriebsführungs GmbH durch Herrn Dr. Wolfgang Zimdars und der Bestellung des Geschäftsführers der Seniorenwohn- und Sozialzentrum Betriebsführungs GmbH mit sofortiger Wirkung für Herrn Harold van Donzel zu genehmigen.

3. Zukunftsprogramm StädteRegion Aachen
hier: Handbuch zur StädteRegion Aachen
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 3)

Herr Bürgermeister Gatzweiler teilt mit, dass der TOP vom Hauptausschuss einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen wurde.

Für die SPD-Fraktion geht RM Wolf darauf ein, dass Punkt 1.6 des der Einladung beigefügten Papiers von seiner Fraktion so nicht akzeptiert werden könne. Er beantragt daher die Erweiterung des Beschlussvorschlages zu Punkt 2. In der Presse sei mehrfach die Geschäftsgrundlage der StädteRegion in Frage gestellt worden. Nach Ansicht seiner Fraktion solle das der Einladung als Anlage 1 beigefügte Kapitel „Die StädteRegion Aachen - Gemeindeverband und Wertegemeinschaft“ unter Punkt 1.6 daher wie folgt ergänzt werden:

„Der Rat nimmt das als Anlage 1 beigefügte Kapitel „Die StädteRegion Aachen-Gemeindeverband und Wertegemeinschaft“- zur Kenntnis.

Er wird sich konstruktiv an der Konkretisierung beteiligen. Hinsichtlich der Finanzierung verweist er nachdrücklich auf den verbindlich vereinbarten Grundsatz, wonach die regionsangehörigen Kommunen durch die Bildung der Städtereion keine Schlechterstellung erfahren dürfen. Daraus folgt der Vorbehalt, dass die Zustimmung aller regionsangehörigen Kommunen zwingend ist, wenn die Finanzierung von Maßnahmen, die sich aus der Anlage 1 herleiten, Auswirkungen auf die Höhe der Regionsumlage haben sollten.

Durch die Kenntnisnahme wird auch die vertragliche Grundlage nicht relativiert, dass weitere Aufgabenverlagerungen auf die Städtereion der vorherigen Zustimmung aller regionsangehörigen Kommunen bedürfen.“

RM K.-D. Wolf bekennt sich für die CDU-Fraktion zum Leitbild der StädteRegion, die aus seiner Sicht finanzielle Vorteile haben müsse. Zur Erzielung angemessener Synergieeffekte sei langfristig eine 10%ige Einsparung bei den Personal- und Sachkosten vorgesehen. Im Kreistag bestehe Einigkeit, den Kommunen keine Umformulierungen beim Mehrwertpapier einzuräumen. Seine Fraktion stimme dem Ergänzungswunsch der SPD-Fraktion daher nicht zu. Das Papier werde heute von der CDU zur Kenntnis oder -ohne Ergänzungen- positiv zur Kenntnis genommen.

RM Peters, SPD, ist in seiner Eigenschaft als Kreistagsmitglied keine diesbezügliche Absprache im Kreistag bekannt. Nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion sollen für die Kommunen gleichbleibende oder sinkende Kreisumlagen erreichbar sein. Änderungswünsche sollten daher möglich sein. Vor diesem Hintergrund beharre die SPD-Fraktion auf Ergänzung des Beschlussvorschlages.

Herr Bürgermeister Gatzweiler schlägt eine separate Abstimmung vor. Diesem Vorschlag schließt sich der Rat einmütig an.

Beschluss:

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

1. **Die Stadt Stolberg begrüßt das Handbuch zur StädteRegion Aachen als stetig aktualisierte Informationsquelle.**
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

2. **Der Rat nimmt mit 32 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen (CDU) das als Anlage 1 beigefügte Kapitel „Die StädteRegion Aachen - Gemeindeverband und Wertegemeinschaft“, ergänzt um die von der SPD-Fraktion vorgetragene Erweiterung unter Punkt 1.6 [Anlage 3] zur Niederschrift] des Papiers zur Kenntnis.**

4. Erlass einer 5. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 01.07.1997
hier: Änderung der Bekanntmachungsform
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 4)

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig den Erlass der als Anlage im Entwurf beigefügten 5. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 01.07.1997.

5. Bildung der Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 5)

Die Verwaltung teilt mit, dass der Hauptausschuss Punkt 2. der Beschlussfassung ausgeklammert hat. Zur Besetzung der Einigungsstelle wurden folgende Vertreter benannt:

Siegfried Pietz und Hildegard Lüttecke, beide CDU
Bernhard Engelhardt und Jens Chantré, beide FDP
Arndt Kohn und Peter Jussen, beide SPD

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat der Stadt ebenfalls einstimmig, für die am 01.07.2008 begonnene Wahlperiode der Personalvertretung die Einigungsstelle wie folgt zu bilden:

1. **Zum Vorsitzenden der Einigungsstelle wird Herr Assessor Heinrich Römer, Stolberg, ernannt.**
3. **Die Anzahl der Beisitzer/innen wird jeweils auf seiten der Obersten Dienstbehörde und der Personalvertretung auf 6 festgelegt. Seitens der Obersten Dienstbehörde werden hierzu benannt:**
 - 3.1 **Siegfried Pietz**
 - 3.2 **Hildegard Lüttecke**
 - 3.3 **Bernhard Engelhardt**
 - 3.4 **Jens Chantré**
 - 3.5 **Arndt Kohn**
 - 3.6 **Peter Jussen**
6. **Aufschaltung des Notrufes auf die städteregionale Leitstelle**
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 6)

Den Ratsmitgliedern wurde eine Pressemitteilung der Feuerwehr zum Artikel „Einschnitt macht sich bemerkbar“ vom 28.10.2008 als Tischvorlage ausgehändigt.

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig der Aufschaltung des Notrufes auf die städteregionale Leitstelle bei der Berufsfeuerwehr Aachen zuzustimmen.

7. **Beitritt zum Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung für den Bereich Altpapier**
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 7)

Beschluss:

1. **Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, dem Zweckverband „RegioEntsorgung“ beizutreten. Nach rechtlich vollzogenem Beitritt zum Zweckverband RegioEntsorgung erfolgt die operative Aufgabenerfüllung noch bis zum 31.12.2008, 24.00 Uhr durch die Stadt selbst und auf deren Kosten.**
2. **Auf den Zweckverband wird die der Stadt Stolberg als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger gem. §§ 15, 13 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen i.V.m. § 5 Abs. 6 LAbfG NRW obliegende Aufgabe der Einsammlung und des Transportes des Altpapiers (PPK-Fraktion) aus privaten Haushalten übertragen. Nicht übertragen wird die Erhebung der Abfallgebühren nach den**

Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG NW).

3. **Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten Zweckverbandssatzung des Entsorgungszweckverbandes RegioEntsorgung in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 20.06.2007 sowie dem Entwurf der 4. Änderungssatzung zu.**
 4. **Die Verwaltung wird beauftragt, für die nächste Sitzung des Rates den Beschluss über die Änderung der Abfallsatzung der Stadt Stolberg vorzubereiten.**
8. Ganztagsoffensive der Landesregierung
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 10)

Herr Bürgermeister Gatzweiler informiert den Rat, dass der Hauptausschuss den TOP einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen habe.

Für die FDP legt RM Engelhardt das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion offen und spricht sich beim Ranking für das Goethe-Gymnasium aus. Er begründet die Entscheidung mit der Stundengestaltung der Schule, der freien Lage und damit einhergehend, der positiven Einbeziehung der umliegenden Schulen z.B. beim Bau einer Mensa.

Für die CDU-Fraktion stellt RM Grüttemeier heraus, dass beide Schulen überzeugende Konzpete vorgelegt hätten. Seine Fraktion stelle ihren Ratsmitgliedern die Entscheidung in geheimer Wahl frei, was er für die Beschlussfassung zu 1a) hiermit zum Antrag erhebe.

Für die SPD bringen RM Brümmer sowie Ratsfrau Zakowski den Unmut ihrer Fraktion über die aus ihrer Sicht falsche Schulpolitik des Landes zum Ausdruck. Für die SPD-Fraktion unterstützen sie den Antrag auf geheime Abstimmung. Ratsfrau Nießen ergänzt, dass das Gymnasium, welches heute unterliegen wird, schnellstmöglich auf die Warteliste des Landes gesetzt werden möge.

RM Kloubert, ABS, empfindet die Situation, einer Schule den Vortritt geben zu müssen so unerträglich, dass er sich der Stimme enthalten wird.

RM Prußeit bekundet, dass beiden Gymnasien die Loyalität des Rates gehören müsse. Er wisse jetzt noch nicht, wie er abstimmen werde.

RM Kleinen stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt: Schluss der Debatte. Er begründet den Antrag mit dem Hinweis, dass die Zuhörer im Besucherraum nunmehr interessiert, welche Schule den Zuschlag erhalte. Das Für und Wider sei in verschiedensten Gremien hinreichend diskutiert worden.

RM Wolf spricht sich für die SPD-Fraktion gegen den Antrag auf Schluss der Debatte aus.

Sodann lässt Herr Bürgermeister Gatzweiler über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Rat lehnt den Antrag der SPD-Fraktion, die Debatte nicht zu beenden, mit 27 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen (SPD, B'90/Grüne, ABS) ab.

Sodann lässt Herr Bürgermeister Gatzweiler über die Punkte 1. b), 2. a) und b) sowie 3. abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt mit 49 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, ABS, wie folgt:

1. Programm "Gebundene Ganztagsgymnasien und Ganztagsrealschulen".

b) Antragstellung für die Realschule Mausbach zur Umwandlung in eine gebundene Ganztagsrealschule zum 01.08.2009.

2. Programm "Geld oder stelle - Pädagogische Übermittagsbetreuung/Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I".

a) Antragstellung auf Förderung für alle Schulen der Sekundarstufe I, die keine Ganztagschulen sind.

b) Anteilige Förderung für Schüler/-innen an im Aufbau befindlichen gebundenen und erweiterten Ganztagschulen nach § 9 Abs. 1 SchulG, die nicht am Ganztagsbetrieb teilnehmen.

3. Programm "1.000-Schulen (Investitionsförderung)".

Antragstellung für die Realschule I, Walther-Dobbelmann-Straße, das Goethe-Gymnasium und das Ritzefeld-Gymnasium zur Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Programms "Geld oder Stelle", insbesondere Umbau, Ausbau, Neubau oder Erweiterung und Ersteinrichtung von geeigneten Räumlichkeiten für Aufenthalts- und Verpflegungszwecke von Schüler/-innen.

Im Anschluss an die vorgenannte Beschlussfassung werden Ratsfrau Lüttecke, CDU, sowie RM Engelhardt, FDP, als Stimmzähler für die anstehende geheime Abstimmung zu Punkt 1. a) bestellt.

Die Wahl wird geheim durchgeführt und ergibt nach Auswertung der Stimmzettel folgendes Ergebnis:

Erste Priorität :	Goethe-Gymnasium	27 Stimmen
	Ritzefeld-Gymnasium	22 Stimmen
Nein:	Keine Stimme	
Enthaltung:	1 Stimme	

Aufgrund des geheimen Abstimmungsergebnisses ergibt sich der untenstehende Beschluss:

Beschluss:

1. Programm "Gebundene Ganztagsgymnasien und Ganztagsrealschulen".

a) Der Rat beschließt in geheimer Abstimmung mit 27 Stimmen gegen 22 Stimmen und 1 Stimmenthaltung, das Goethe-Gymnasium zur

Umwandlung in gebundene Ganztagsgymnasien vorzuschlagen und in zeitlicher Abfolge der Bezirksregierung Köln zu melden.

9. Änderung Regionalplan - Sachlicher Teilabschnitt Vorbeugender Hochwasserschutz, Teil 2: Region Aachen
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 12)

Ratsfrau Nießen, SPD, betont, dass die Beschlussfassung zu diesem TOP analog der Empfehlungen im ASVU am 25.09.08 und dem vorausgegangenen Hauptausschuss erfolge.

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat ebenfalls einstimmig, vorbehaltlich dessen, dass in den noch beizubringenden Erläuterungen die Sorgen der Fraktionen bezüglich der Entwicklungsmöglichkeiten für bereits bestehende Betriebe ausgeräumt werden, die vorgeschlagenen zeichnerischen und textlichen Darstellungen des Regionalplans entsprechend der Sachverhaltsdarlegung zur Kenntnis zu nehmen, da keine raumbedeutsamen Veränderungen gegeben sind.

10. Resolution gegen den Entwurf des neuen Sparkassengesetzes
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 21)

Herr Bürgermeister Gatzweiler teilt mit, dass der Hauptausschuss eine positive Beschlussempfehlung ausgesprochen habe.

RM D. Wolf resümiert für die SPD-Fraktion die Beweggründe der Gestaltungsmehrheit, die Resolution durch den Rat der Stadt zu verabschieden. Die Stolberger Bevölkerung habe ein vitales Interesse daran, dass das vorhandene Zweigstellennetz und die Arbeitsplätze im Sparklassenbereich in der jetzigen Form erhalten blieben.

Im Landtag stünden absehbar die 2. und 3. Lesung zum Gesetzentwurf an.

Bei seinen Ausführungen geht er im Wesentlichen auf die geplanten Einschnitte bei den kommunalen Sparkassen bei Wegfall des öffentlich-rechtlichen Charakters ein. Die Befürchtungen reichen über Einschränkungen/Erschwernisse bei der Kreditvergabe für kleinere und mittelständische Unternehmen, bei Einführung von Trägerkapital, Privatisierung der Sparkassen einhergehend mit Arbeitsplatzabbau und Reduzierung des Filialnetzes, bei Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf die WestLB, ungeklärte Situation bei Verkauf der WestLB an einen privaten Investor (Übertragung könnte nur schwer rückgängig gemacht werden) und die beliebige Verwendung ausgeschütteter Gewinne.

Im Rat entwickelt sich eine rege Diskussion in deren Verlauf RM Wirtz, MdL CDU, den Rat informiert, dass die Regierungskoalition im Landtag in dieser Woche die Bewertung der Anhörung vornehme. Seine Fraktion habe kein Problem, der Resolution zuzustimmen.

RM Siebertz, CDU, erklärt, dass er sich aufgrund der Wortbeiträge der Stimme enthalten werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Stolberg beschließt bei einer Stimmenthaltung (CDU):

Selbständige kommunale Sparkassen sind in ihrer öffentlich-rechtlichen Struktur ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Kreditwirtschaft. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Sparkassen auch zukünftig ihren öffentlichen Auftrag wie gewohnt erfüllen und nachhaltig für die Menschen und die Entwicklung der mittelständischen Unternehmen ihrer Region Verantwortung übernehmen können.

Der Entwurf des neuen Sparkassengesetzes enthält Regelungen, mit denen erfolgreiche Sparkassenarbeit in der Zukunft gefährdet wird. Dies gilt insbesondere für die Einführung von Trägerkapital, den gesetzlichen Finanzverbund mit der WestLB und die beliebige Verwendung von ausgeschütteten Gewinnen in kommunalen Haushalten.

Der Rat der Stadt Stolberg fordert die Landesregierung auf, im Interesse der mittelständischen Wirtschaft von diesen Regelungen Abstand zu nehmen, und bittet die Abgeordneten des Landtags, das Gesetz in dieser Form nicht zu verabschieden.

11. Bildung eines Integrationsrates anstelle eines Ausländerbeirates;
hier: Einleitung des Genehmigungsverfahrens
(sh. Vorlage für die Sitzung des HA am 28.10.2008, TOP A 22)

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Rat bei 3 Gegenstimmen (NPD):

Bei der Stadt Stolberg (Rhld.) wurde auf Antrag des Ausländerbeirates für die nächste Legislaturperiode auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Konzeptes (Antrag nach § 129 GO NRW, Experimentierklausel) anstelle eines Ausländerbeirates ein Integrationsrat gebildet.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen und das Genehmigungsverfahren gem.§ 129 GO NRW einzuleiten.

12. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

- 12.1 RM Kirch, CDU, bittet die Verwaltung, die untragbare Verkehrssituation im Bereich Olof-Palme-Platz durch Einrichtung einer Baustellenampel mit gegenläufigem Verkehr zu entzerren.
Hierzu verweist der Fachbereichsleiter, Herr Braun auf seine früheren Äußerungen in der Sache. Er gehe momentan davon aus, dass gegenläufiger Verkehr ohne Baustellenampel ab Mitte/Ende November machbar sein könnte.
- 12.2 RM Kloubert, ABS, liest den der Niederschrift als Anlage 4) beigefügten Fragenkatalog vor und bittet die Verwaltung um Beantwortung.
Herr Bürgermeister Gatzweiler sichert die Beantwortung zu.
- 12.3 RM Wirtz, MdL CDU, bittet in der Niederschrift zu beantworten, ob eine solch umfangreiche Wortmeldung, wie die des Ratskollegen Kloubert, unter dem Punkt Anfragen nach der Geschäftsordnung überhaupt zulässig sei.

Nachträgliche Beantwortung durch die Verwaltung:

Das Fragerecht der Ratsmitglieder regelt § 17 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse. Neben der Möglichkeit eines jeden RM, fünf Werktage vor Beginn der Ratssitzung, Anfragen, die sich auf Angelegenheiten der Stadt beziehen, an den Bürgermeister zu stellen, regelt Abs. 2 folgendes: „Jedes Mitglied ist darüber hinaus berechtigt, nach Erledigung der Tagesordnung einer Ratssitzung aus aktuellem Anlass mündliche Anfragen, die sich nicht auf die Tagesordnung der betreffenden Sitzung beziehen dürfen, an den Bürgermeister zu richten. Die Anfragen müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt fallen. Sie müssen kurz gefasst sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen.

Dem Fragesteller sind bis zu zwei Zusatzfragen erlaubt.

Ist eine kurze Beantwortung nicht möglich, kann der Fragesteller auf eine Beantwortung in der nächsten Ratssitzung oder auf eine schriftliche Beantwortung verwiesen werden.“

B) Nichtöffentliche Sitzung:

...

gez.
Gatzweiler
Bürgermeister

gez.
Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

- Anlage 1) Anwesenheitsliste - Sitzung
- Anlage 2) Beantwortung zu TOP A) 2.
- Anlage 3) Antrag der SPD-Fraktion zu TOP A) 3.
- Anlage 4) Anfrage des RM Kloubert zu TOP A) 12.2